Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2025/972

27.5.2025

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/972 DER KOMMISSION

vom 23. Mai 2025

über den Rechnungsabschluss der Zahlstellen der Mitgliedstaaten für die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2024 finanzierten Ausgaben

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2025) 3167)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ([1]), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 und Artikel 104,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates ([2]), insbesondere auf Artikel 51,

nach Anhörung des Ausschusses für die Agrarfonds,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 104 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2021/2116 gelten Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 7 Absatz 3, die Artikel 9, 17, 21 und 34, Artikel 35 Absatz 4, die Artikel 36, 37, 38, 40 bis 43, 51, 52, 54, 56, 59, 63, 64, 67, 68, 70 bis 75, 77, 91 bis 97, 99 und 100, Artikel 102 Absatz 2 und die Artikel 110 und 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 weiterhin für den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2024.

(2) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission ([3]) gelten Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 7, Artikel 21 bis 25, Artikel 27, Artikel 28, Artikel 29, Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a, b und c, Artikel 30 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 31 bis 40 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission ([4]) im Hinblick auf den EGFL weiterhin für Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2024.

(3) Gemäß Artikel 64 Absatz 2 Buchstabe c der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 gelten die Anhänge II und III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 weiterhin für die Zwecke von Artikel 32 Buchstaben f und g der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 für das Haushaltsjahr 2024.

([1]) ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 187, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2116/oj.
([2]) ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1306/oj.
([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/128/oj).
([4]) Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2014/908/oj).

(4) Gemäß Artikel 40 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission ([5]) gelten die Artikel 5 und 5a, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 10, Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12, Artikel 13 und Artikel 41 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission ([6]) weiterhin für den EGFL hinsichtlich der Ausgaben und Zahlungen für das Haushaltsjahr 2024.

(5) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 führt die Kommission den Rechnungsabschluss der in Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannten Zahlstellen vor dem 31. Mai des Jahres, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt, durch und stützt sich dabei auf die Jahresrechnungen, welche die Mitgliedstaaten mit den für ihren Abschluss notwendigen Auskünften, einer Stellungnahme zur Vollständigkeit, Genauigkeit und sachlichen Richtigkeit der übermittelten Rechnungen und den Berichten der bescheinigenden Stellen vorlegen.

(6) Gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2021/2116 beginnt das Agrar-Haushaltsjahr am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N. Die von den Mitgliedstaaten im Zeitraum vom 16. Oktober 2023 bis zum 15. Oktober 2024 getätigten Ausgaben sollten im Einklang mit Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 im Rahmen des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2024 berücksichtigt werden.

(7) Gemäß Artikel 33 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 werden zur Bestimmung der Beträge, die aufgrund des in Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und in Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 genannten Rechnungsabschlussbeschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehen bzw. ihnen zu erstatten sind, die monatlichen Zahlungen für das betreffende Haushaltsjahr von den für das betreffende Jahr gemäß Artikel 33 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 und Artikel 35 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 anerkannten Ausgaben abgezogen. Die Kommission kürzt bzw. erhöht die monatliche Zahlung für die im zweiten Monat nach dem Rechnungsabschlussbeschluss getätigten Ausgaben um den so ermittelten Betrag.

(8) Die Kommission hat die von den Mitgliedstaaten übermittelten Unterlagen überprüft und den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der Überprüfung zusammen mit den vorgeschlagenen Änderungen mitgeteilt.

(9) Die Kommission kann anhand der Jahresrechnungen und der beigefügten Unterlagen einen Beschluss über die Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnungen aller Zahlstellen fassen.

(10) Gemäß Artikel 41 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 39 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU) 2021/2116 überprüft die Kommission die Einhaltung der in den Rechtsvorschriften der Union für die Zahlung von Beihilfen an die Begünstigten festgelegten Zahlungsfristen und finanziellen Obergrenzen durch die Mitgliedstaaten und entscheidet über mögliche Kürzungen der monatlichen Zahlungen an die Mitgliedstaaten.

(11) Werden Zahlungen nach dem letztmöglichen Zahlungsdatum geleistet, so kürzt die Kommission gemäß Artikel 40 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 38 der Verordnung (EU) 2021/2116 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 bzw. Artikel 5 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 den Betrag der den Mitgliedstaaten gewährten monatlichen Zahlungen und passt die finanziellen Auswirkungen der Kürzung im Verhältnis zum Zahlungsverzug an, indem sie die verschiedenen Sätze gemäß Artikel 5 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 und Artikel 5 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 anwendet. Gemäß Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 und Artikel 5 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2022/127 werden etwaige Überschreitungen von Zahlungsfristen spätestens im Rahmen des Rechnungsabschlussbeschlusses

([5]) Delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2022/127/oj).

([6]) Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2014/907/oj).

berücksichtigt. Einige der von bestimmten Mitgliedstaaten im Haushaltsjahr 2024 gemeldeten Ausgaben wurden nicht fristgerecht getätigt. Mit dem vorliegenden Beschluss sollten daher die entsprechenden Kürzungen festgesetzt werden.

(12) Die Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([7]) gilt gemäß Artikel 154 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates ([8]) weiterhin für Beihilfeanträge, die sich auf vor dem 1. Januar 2023 beginnende Antragsjahre beziehen. In mehreren Verordnungen der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind finanzielle Obergrenzen für bestimmte Maßnahmen festgelegt, die im Rahmen der Direktzahlungen aus dem EGFL finanziert werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenzen nach Berücksichtigung der linearen Kürzung, der Haushaltsdisziplin und der Kürzung der Zahlungen gemäß den Artikeln 7, 8 und 11 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 führt zu Kürzungen der monatlichen Zahlungen an den betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 41 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013. Nach einer abschließenden Bewertung infolge der Vorlage der Jahresrechnungen sollten etwaige Überschreitungen der Obergrenzen, die festgestellt und nicht von den monatlichen Zahlungen abgezogen wurden, in diesem Beschluss berücksichtigt werden.

(13) Gemäß Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 39 der Verordnung (EU) 2021/2116 hat die Kommission bereits eine Reihe von monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2024 gekürzt, da die Ausgaben nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigt wurden. In diesem Beschluss sollte die Kommission solche gekürzten Beträge berücksichtigen, um unangebrachte oder verfrühte Zahlungen sowie Erstattungen, die in der Folge Gegenstand von Finanzkorrekturen sein könnten, zu vermeiden. Die betreffenden Beträge sollten gegebenenfalls im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 weiter geprüft werden.

(14) Die Kommission hat die entsprechenden monatlichen Zahlungen für das Haushaltsjahr 2024 bereits um die Beträge gekürzt, die aufgrund von Rechnungsabschluss- und Konformitätsabschlussbeschlüssen gemäß den Artikeln 51 und 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sowie gemäß den Artikeln 53 und 55 der Verordnung (EU) 2021/2116, die die Kommission im Haushaltsjahr 2024 durchgeführt hat, an den EGFL zurückzuzahlen sind. Diese Beträge sind im vorliegenden Beschluss berücksichtigt.

(15) Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 werden bei Unregelmäßigkeiten die finanziellen Folgen einer Nichtwiedereinziehung zu 50 % von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen, wenn die Wiedereinziehung nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren ab dem Zeitpunkt der Wiedereinziehungsaufforderung erfolgt ist, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist. Gemäß Artikel 54 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 müssen die Mitgliedstaaten den Jahresrechnungen, die sie der Kommission gemäß Artikel 29 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 vorlegen müssen, eine bescheinigte Tabelle über die gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zu ihren Lasten gehenden Beträge beifügen. Die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 regelt im Einzelnen, wie die Mitgliedstaaten ihrer Pflicht zur Berichterstattung über die wiedereinzuziehenden Beträge nachzukommen haben. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 enthält die Mustertabelle, die die Mitgliedstaaten zur Angabe der wiedereinzuziehenden Beträge übermitteln müssen. Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten ausgefüllten Tabellen entscheidet die Kommission über die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bei den mehr als vier bzw. mehr als acht Jahre zurückliegenden Unregelmäßigkeiten.

(16) Gemäß Artikel 54 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 können die Mitgliedstaaten in ordnungsgemäß begründeten Fällen beschließen, die Wiedereinziehung nicht weiterzuverfolgen. Dieser Beschluss kann jedoch nur gefasst werden, wenn die bereits aufgewendeten Kosten und die voraussichtlichen Wiedereinziehungskosten zusammen den wiedereinzuziehenden Betrag überschreiten oder wenn die Wiedereinziehung wegen nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats festgestellter Insolvenz des Schuldners oder der für die Unregelmäßigkeit rechtlich verantwortlichen Personen unmöglich ist. Wird dieser Beschluss innerhalb einer Frist von

([7]) Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1307/oj).

([8]) Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. L 435 vom 6.12.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/2115/oj).

vier Jahren ab der Wiedereinziehungsaufforderung gefasst, bzw. innerhalb einer Frist von acht Jahren, wenn die Wiedereinziehung Gegenstand eines Verfahrens vor den nationalen Gerichten ist, so sollten die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung zu 100 % vom Unionshaushalt getragen werden. Die Beträge, für die ein bestimmter Mitgliedstaat beschlossen hat, die Wiedereinziehung nicht fortzusetzen, und die Gründe für seinen Beschluss sind in die zusammenfassende Übersicht gemäß Artikel 54 Absatz 4 der genannten Verordnung aufzunehmen. Diese Beträge sollten dem betreffenden Mitgliedstaat daher nicht angelastet werden und sind folglich vom Unionshaushalt zu tragen.

(17) Gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 53 der Verordnung (EU) 2021/2116 sollte der vorliegende Beschluss späteren Beschlüssen der Kommission nicht vorgreifen, mit denen Ausgaben gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und den Artikeln 54 und 55 der Verordnung (EU) 2021/2116 von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Rechnungen der Zahlstellen der Mitgliedstaaten über die vom Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) im Haushaltsjahr 2024 finanzierten Ausgaben werden abgeschlossen.

Die gemäß diesem Beschluss von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehenden bzw. ihnen zu erstattenden Beträge, einschließlich der sich aus der Anwendung von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 ergebenden Beträge, sind in den Anhängen I und II dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 2

Dieser Beschluss gilt unbeschadet späterer Konformitätsabschlussbeschlüsse der Kommission gemäß Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 55 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen nicht in Übereinstimmung mit den Unionsvorschriften getätigte Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, sowie späterer Beschlüsse der Kommission über den jährlichen Leistungsabschluss gemäß Artikel 54 der Verordnung (EU) 2021/2116, mit denen Ausgaben von der Unionsfinanzierung ausgeschlossen werden, denen kein entsprechender Output im jährlichen Leistungsbericht gegenübersteht.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 23. Mai 2025

Für die Kommission
Christophe HANSEN
Mitglied der Kommission

ANHANG I

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2024

Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender oder ihm zu erstattender Betrag

Mitglied-staat		2024 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b						
		c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g		
AT	EUR	696 565 001,42	0,00	696 565 001,42	994 767,54	- 1 249,82	697 558 519,14	697 559 768,96	- 1 249,82
BE	EUR	553 789 267,80	0,00	553 789 267,80	- 378 546,79	- 712,96	553 410 008,05	555 112 173,33	- 1 702 165,28
BG	BGN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 2 373,84	- 2 373,84	0,00	- 2 373,84
BG	EUR	831 485 950,98	0,00	831 485 950,98	- 7 338 177,33	0,00	824 147 773,65	824 072 466,75	75 306,90
CY	EUR	51 421 473,92	0,00	51 421 473,92	- 420 889,28	0,00	51 000 584,64	50 966 053,22	34 531,42
CZ	CZK	0,00	0,00	0,00	0,00	- 6 066 994,45	- 6 066 994,45	0,00	- 6 066 994,45
CZ	EUR	841 755 023,99	0,00	841 755 023,99	- 6 586 634,66	0,00	835 168 389,33	835 162 223,53	6 165,80
DE	EUR	4 482 474 369,03	0,00	4 482 474 369,03	- 735 627,02	- 127 844,49	4 481 610 897,52	4 482 069 049,38	- 458 151,86
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
DK	EUR	828 180 124,86	0,00	828 180 124,86	- 2 505 738,30	0,00	825 674 386,56	825 664 394,95	9 991,61
EE	EUR	195 875 127,07	0,00	195 875 127,07	- 979 787,87	0,00	194 895 339,20	194 873 329,16	22 010,04
ES	EUR	5 739 832 659,22	0,00	5 739 832 659,22	- 79 833 500,17	- 339 847,31	5 659 659 311,74	5 658 623 885,05	1 035 426,69
FI	EUR	529 451 605,11	0,00	529 451 605,11	- 171 237,27	- 25 137,06	529 255 230,78	529 277 936,12	- 22 705,34
FR	EUR	7 408 295 093,00	0,00	7 408 295 093,00	- 75 214 939,35	- 153 763,59	7 332 926 390,06	7 335 636 287,96	- 2 709 897,90
EL	EUR	1 924 234 937,08	0,00	1 924 234 937,08	- 32 408 441,27	- 330 284,96	1 891 496 210,85	1 902 226 963,94	- 10 730 753,09
HR	EUR	380 706 854,55	0,00	380 706 854,55	- 8 684 204,31	- 17 188,53	372 005 461,71	371 808 187,11	197 274,60

Mitglied-staat		2024 – Ausgaben/zweckgebundene Einnahmen der Zahlstellen, deren Rechnungen		a + b insgesamt	Kürzungen und Aussetzungen für das gesamte Haushaltsjahr [1]	Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 anzulastender Betrag	Summe einschließlich Kürzungen und Aussetzungen	An die Mitgliedstaaten für das Haushaltsjahr geleistete Zahlungen	Von dem Mitgliedstaat wiedereinzuziehender (-) oder ihm zu erstattender (+) Betrag [2]
		abgeschlossen werden	abgetrennt werden						
		= in der Jahreserklärung gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen	= in den Monatsmeldungen insgesamt gemeldete Ausgaben/ zweckgebundene Einnahmen						
		a	b						
		c=a+b	d	e	f=c+d+e	g	h=f-g		
HU	EUR	1 383 976 095,60	0,00	1 383 976 095,60	- 7 670 199,90	0,00	1 376 305 895,70	1 376 356 298,97	- 50 403,27
HU	HUF	0,00	0,00	0,00	0,00	- 45 707 987,00	- 45 707 987,00	0,00	- 45 707 987,00
IE	EUR	1 192 122 143,92	0,00	1 192 122 143,92	- 2 084 482,60	- 2 428,52	1 190 035 232,80	1 188 889 885,20	1 145 347,60
IT	EUR	4 107 883 194,34	0,00	4 107 883 194,34	- 42 222 430,09	- 3 010 533,40	4 062 650 230,85	4 074 933 568,17	- 12 283 337,32
LT	EUR	588 647 735,15	0,00	588 647 735,15	- 5 578 381,94	- 1 313,60	583 068 039,61	583 069 353,21	- 1 313,60
LU	EUR	31 462 153,17	0,00	31 462 153,17	50 566,72	0,00	31 512 719,89	31 492 387,65	20 332,24
LV	EUR	338 523 858,99	0,00	338 523 858,99	- 5 763,41	- 1 588,29	338 516 507,29	338 518 095,58	- 1 588,29
MT	EUR	10 121 490,08	0,00	10 121 490,08	- 324 309,63	0,00	9 797 180,45	9 797 177,40	3,05
NL	EUR	747 093 956,37	0,00	747 093 956,37	- 22 504 736,93	- 4 889,62	724 584 329,82	724 667 434,10	- 83 104,28
PL	EUR	3 461 737 961,80	0,00	3 461 737 961,80	- 1 318 807,21	0,00	3 460 419 154,59	3 460 445 279,99	- 26 125,40
PL	PLN	0,00	0,00	0,00	0,00	- 4 708 511,63	- 4 708 511,63	0,00	- 4 708 511,63
PT	EUR	864 560 699,11	0,00	864 560 699,11	- 34 017 288,50	- 147 306,92	830 396 103,69	831 160 474,30	- 764 370,61
RO	EUR	1 964 397 334,11	0,00	1 964 397 334,11	- 82 392 071,80	0,00	1 882 005 262,31	1 882 181 707,49	- 176 445,18
RO	RON	0,00	0,00	0,00	0,00	- 3 238 745,29	- 3 238 745,29	0,00	- 3 238 745,29
SE	EUR	702 105 230,79	0,00	702 105 230,79	- 374 711,81	0,00	701 730 518,98	701 726 652,57	3 866,41
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
SI	EUR	144 810 799,94	0,00	144 810 799,94	0,00	0,00	144 810 799,94	144 810 799,94	0,00
SK	EUR	407 254 054,62	0,00	407 254 054,62	- 380 686,22	- 247 925,07	406 625 443,33	407 315 696,94	- 690 253,61

Mitglied -staat		Ausgaben (3)	Zweckgebundene Einnahmen (3)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l=i+j+k
AT	EUR	0,00	0,00	- 1 249,82	- 1 249,82
BE	EUR	0,00	- 1 701 452,32	- 712,96	- 1 702 165,28
BG	BGN	0,00	0,00	- 2 373,84	- 2 373,84
BG	EUR	75 306,90	0,00	0,00	75 306,90
CY	EUR	46 988,56	- 12 457,14	0,00	34 531,42
CZ	CZK	0,00	0,00	- 6 066 994,45	- 6 066 994,45
CZ	EUR	6 165,80	0,00	0,00	6 165,80
DE	EUR	0,00	- 330 307,37	- 127 844,49	- 458 151,86
DK	DKK	0,00	0,00	0,00	0,00
DK	EUR	9 991,61	0,00	0,00	9 991,61
EE	EUR	22 010,04	0,00	0,00	22 010,04
ES	EUR	1 409 290,03	- 34 016,03	- 339 847,31	1 035 426,69
FI	EUR	46 781,65	- 44 349,93	- 25 137,06	- 22 705,34
FR	EUR	0,00	- 2 556 134,31	- 153 763,59	- 2 709 897,90
EL	EUR	0,00	- 10 400 468,13	- 330 284,96	- 10 730 753,09
HR	EUR	257 773,69	- 43 310,56	- 17 188,53	197 274,60
HU	EUR	0,00	- 50 403,27	0,00	- 50 403,27
HU	HUF	0,00	0,00	- 45 707 987,00	- 45 707 987,00
IE	EUR	1 147 776,12	0,00	- 2 428,52	1 145 347,60
IT	EUR	0,00	- 9 272 803,92	- 3 010 533,40	- 12 283 337,32
LT	EUR	0,00	0,00	- 1 313,60	- 1 313,60
LU	EUR	20 332,24	0,00	0,00	20 332,24
LV	EUR	0,00	0,00	- 1 588,29	- 1 588,29
MT	EUR	3,05	0,00	0,00	3,05
NL	EUR	0,00	- 78 214,66	- 4 889,62	- 83 104,28
PL	EUR	0,00	- 26 125,40	0,00	- 26 125,40

Mitglied -staat		Ausgaben (3)	Zweckgebundene Einnahmen (3)	Artikel 54 Absatz 2 (=e)	Insgesamt (=h)
		08 02 06 01	6200	6200	
		i	j	k	l=i+j+k
PL	PLN	0,00	0,00	- 4 708 511,63	- 4 708 511,63
PT	EUR	0,00	- 617 063,69	- 147 306,92	- 764 370,61
RO	EUR	0,00	- 176 445,18	0,00	- 176 445,18
RO	RON	0,00	0,00	- 3 238 745,29	- 3 238 745,29
SE	EUR	12 981,47	- 9 115,06	0,00	3 866,41
SE	SEK	0,00	0,00	0,00	0,00
SI	EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
SK	EUR	0,00	- 442 328,54	- 247 925,07	- 690 253,61

(1) Hinzu kommen insbesondere Korrekturen aufgrund der Nichteinhaltung von Zahlungsfristen sowie andere in Artikel 41 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und den Artikeln 39 bis 42 der Verordnung (EU) 2021/2116 genannte Kürzungen.

(2) (2)Bei der Berechnung des vom Mitgliedstaat wiedereinzuziehenden oder ihm zu erstattenden Betrags werden der Gesamtbetrag der Jahreserklärung für die abgeschlossenen Ausgaben und der Gesamtbetrag der für die abgeschlossenen Ausgaben getätigten monatlichen Zahlungen zugrunde gelegt. Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/127 anzuwendender Wechselkurs.

(3) Die HL 08 02 06 01 wird, wie in Artikel 43 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/2116 angegeben, aufgeteilt in negative Korrekturen, die zu zweckgebundenen Einnahmen unter der HL 62 00 werden, und in positive Korrekturen zugunsten des Mitgliedstaats, die nun auf der Ausgabenseite beim Posten 08 02 06 01 aufgeführt werden.

Anmerkung: Eingliederungsplan 2025: 08 02 06 01, 6200

ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2025/972/oj

ANHANG II

Abschluss der Rechnungen der Zahlstellen

Haushaltsjahr 2024 – EGFL

Korrekturen gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 (*)

Mitgliedstaat	Währung	in Landeswährung	in EUR
CY	EUR	0,00	0,00
CZ	CZK	0,00	0,00
ES	EUR	0,00	0,00
HU	HUF	0,00	0,00
LT	EUR	0,00	0,00
LV	EUR	0,00	0,00
MT	EUR	0,00	0,00
PL	PLN	112 564,14	0,00
SI	EUR	0,00	0,00
SK	EUR	0,00	0,00

(*) Beträge, die den Mitgliedstaaten aufgrund der Anwendung des Artikels 54 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 in Bezug auf das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierte befristete Instrument für die Entwicklung des ländlichen Raums (TRDI) anzulasten sind (Verordnung (EG) Nr. 27/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 mit Übergangsvorschriften zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakei durch den EAGFL, Abteilung Garantie (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 36)).